

# Bist gscheit...

Ausgabe 01/2013

**BSA**  
Burgenland

soziale  
Gerechtigkeit!

## Sozialer Fortschritt trotz Krise?

Markus Marterbauer über Wege zu einem modernen Sozialstaat und gerecht verteiltem Wohlstand. **S. 6,7**

### gscheite **story**

Autoritäre Entwicklungen in Europa, ihre Ursachen und mögliche Gegenstrategien diskutierten der BSA, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und die SJ im KUZ Neufeld **Mehr S. 4,5**

### gscheit **dabei**

Wie das Internet traditionelle Medien näher an die BürgerInnen heranführt und zu mehr politischer Partizipation beitragen kann - dieser Frage ging eine ExpertInnenrunde im BSA-Medien-Talk nach. **Mehr S. 2**

### gscheite **Leut'**

Vermögen zu besitzen ist keine Leistung, es zu erarbeiten schon. AK-Experte Thomas Lehner über die tatsächlichen Auswirkungen von Vermögenssteuern auf die Allgemeinheit. **Mehr S. 8**

## Ausstellung „KOAXIALE“

Nach 10 Jahren gab es im Oktober wieder eine Ausstellung der Sektion Kunst im BSA. Die Ausstellung unter dem Titel „KOAXIALE“ fand im Künstlerhaus in Wien statt: 45 KünstlerInnen präsentierten ihre Werke. Eröffnet wurde die Werkschau vom Präsidenten des BSA, dem Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. Aus dem Burgenland nahm die Sulzer Malerin Monika Gerbavsits teil.



*Künstlerin Monika Gerbavsits und BSA Präsident Andreas Mailath-Pokorny*

## Talk über Zukunft der Medien

Internet bringt traditionelle Medien näher zu den BürgerInnen – so die Schlussfolgerung des BSA-ExpertInnen-Talks.

Ergebnis des hochkarätig besetzten und spannenden Abends im KUZ Mattersburg: Nicht nur Fernsehen und Radio, sondern vor allem Zeitungen und Magazine werden durch das Internet mit Facebook, Google oder YouTube weiter gehörig unter Druck kommen. Den LeserInnen und BürgerInnen bringe dies aber

auch ein höheres Maß an Teilhabe am politischen Prozess, denn die traditionellen Medien bemühen sich noch mehr um Regionalität und Interaktivität – eine Entwicklung, die dem Burgenland gut tut. Am Podium waren Thomas Orovits (KURIER), Walter Schneeberger (ORF), Markus Stefanitsch (BVZ) und Christian Uchann (Bezirksblätter) sowie Lena Doppel, Expertin für Neue Medien. Moderiert wurde die Veranstaltung von Georg Pehm.



*Hochkarätige Besetzung beim ExpertInnen-Talk der BSA*

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller, KünstlerInnen, Landesorganisation Burgenland, 7000 Eisenstadt  
 Chefredakteurin: Mag. Alexandra Reimann,  
 Redaktion: Mag. Michael Gerbavsits, Mag. Thomas Lehner, Dr. Susanna Steiger-Moser, Mag. Lisa Sinowatz,  
 Layout: Roman Felder  
 Druck: Kenad & Danek, Hornstein



## Filzmaier in Eisenstadt

Drei Wochen vor der Präsidenten- u. Kongresswahl in den USA gab der Politologe Peter Filzmaier dem Auditorium im GH Ohr in Eisenstadt einen umfassenden Einblick in das amerikanische Regierungssystem. Filzmaier prognostizierte, dass Obama trotz des schwierigen Umfeldes und für US-Verhältnisse hoher Arbeitslosenrate von über 8% die Wahl mit hoher Wahrscheinlichkeit gewinnen werde. Was dann auch eingetreten ist.

## Nachleseabend

Der BSA Burgenland lud zu einem Nachleseabend ins Literaturhaus nach Mattersburg. Mit einem sehr persönlich gestalteten Programm wurde Horst Horvath als diesjähriger Bruno-Kreisky-Preisträger geehrt. Zahlreiche WegbegleiterInnen fanden sich zur Festveranstaltung ein. Seit 1993 wird von der Bildungsorganisation der SPÖ und dem Dr.-Karl-Renner-Institut im Gedenken an Bruno Kreisky ein Preis für das politische Buch vergeben. Der Sonderpreis für verlegerische Leistungen ging heuer an Horst Horvath mit seiner EDITION LEX LISZT 12. Lex Liszt fördert vor allem den literarischen Nachwuchs des Landes. Horst Horvath hat auch das BSA-Buchprojekt „denk.mal“ verlegt. Darin heißt es so treffend: Kultur braucht Vernetzung. Und Horst Horvath ist diese Vernetzung. Er versteht sich als Drehscheibe für Kunst und Kultur im Burgenland.



## Mailath-Pokorny als BSA-Präsident wiedergewählt

Andreas Mailath-Pokorny kündigte einen diskursiven Prozess an, um fundierte Antworten auf aktuelle politische Fragen zu finden. Zu einzelnen Fragestellungen sollen Diskussionen unter dem Arbeitstitel „BSA Impulse“ angeregt werden. Der BSA-Präsident nannte hier etwa den Einsatz für einen rationalen Rechtsstaat und gegen fundamentalistische Strömungen, eine zeitgemäße Medienpolitik, eine überlegte und nachhaltige Position in der internationalen Politik sowie die Erarbeitung von Grundwerten für aufge-

klärtes politisches Handeln. Koordiniert wird der Prozess von Lisa Sinowatz (BSA BGLD), Michael Rosecker (BSA NÖ) und Stefan Etzelstorfer (BSA OÖ). Am Bundestag wurde auch das neue BSA-Corporate Design präsentiert, das seine erste und prominenteste Anwendung in der neuen Homepage findet, die im Zuge des Bundestags unter [www.bsa.at](http://www.bsa.at) online gegangen ist. Auch die Homepage des BSA Burgenland wird in Kürze in neuem Glanz und im neuen Corporate Design online gehen.



## 16 Tage gegen Gewalt: Diese Hände schlagen keine Frau!

Auch im Jahr 2012 ist ein Leben ohne Angst vor häuslicher Gewalt leider noch immer ein Traum! Mit dem Slogan „Diese Hände schlagen keine Frau“ hat der BSA Burgenland, gemeinsam mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Frauenlandesrätin Verena Dunst, im Rahmen der Kampagne der „16 Tage gegen Gewalt“ häusliche Gewalt sichtbar gemacht! „16 Tage gegen Gewalt“ ist eine internationale Kampagne für

die Anerkennung von Frauenrechten als Menschenrechte. Gewalt gegen Frauen ist einer der größten Menschenrechtskandale unserer Zeit, in den reichen Industriestaaten ebenso wie in den so genannten Entwicklungsländern, in Demokratien wie in Diktaturen. Umso wichtiger ist es, gemeinsam dieses Tabuthema öffentlich zu machen und die Bevölkerung zu ermutigen, nicht wegzuschauen!



### Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Verteilungsgerechtigkeit ist das Schwerpunktthema dieser „bist gscheit“-Ausgabe. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 ist die Zahl der Arbeitslosen in der EU um 10 Millionen gestiegen; vor allem die Jugendarbeitslosigkeit hat in vielen Ländern erschreckende Ausmaße angenommen. Da kommen massive gesellschaftspolitische Probleme auf uns zu, wenn Millionen junger Menschen perspektivenlos in das Erwachsenenleben starten müssen.

Zeitgleich mit dieser Entwicklung hat die Ungleichheit deutlich zugenommen. Während es sich immer mehr Menschen in Europa - auch in Österreich - nicht mehr leisten können, selbst elementarste Grundbedürfnisse zu befriedigen, ist das Vermögen der Superreichen enorm gewachsen: die 5% reichsten Haushalte besitzen 45% des privaten Vermögens in Österreich. Eine höhere Besteuerung von großen Vermögen bei gleichzeitiger Senkung der Besteuerung von Arbeitseinkommen ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sozialen Gründen dringend erforderlich.

„Leistung muss sich wieder lohnen“, betonen die konservativen Parteien ständig. Stimmt - wir Sozialdemokraten müssen aber sicherstellen, dass darunter die Arbeitsleistung gemeint ist; auch das Risiko, das Unternehmer eingehen, wenn sie investieren und damit Arbeitsplätze schaffen. Das Verwalten ererbten Vermögens hingegen ist keine „Leistung“.

Ein glaubwürdiges Eintreten für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für unseren bewährten Sozialstaat sind auch zentrale Bereiche, mit denen sich die Sozialdemokratie von den anderen Parteien grundsätzlich unterscheiden kann und muss.

**Mag. Michael Gerbavits**  
Landesvorsitzender BSA Burgenland

# Hinschauen: Autorität

Unter diesem Titel lud der Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen gemeinsam mit dem BSA und der SJ am 5. November 2012 in das Kulturzentrum Fred Sinowatz in Neufeld zu einer Podiumsdiskussion, die von Lisa Sinowatz moderiert wurde. Auf dem Podium konnte sie Brigitte Bailer vom Dokumentationsar-

chiv des österreichischen Widerstandes begrüßen, ebenso wie den EU-Fraktionsvorsitzenden Hannes Swoboda und den Dirigenten Adam Fischer. Aus gesundheitlichen Gründen musste der ungarische Journalist András Heltai-Hopp kurzfristig absagen. nacht ist ein Hinweis auf einen Teil der Aufgabe des Bundes sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, doch gleichzeitig soll die Brücke zum Heute und zu unserer Zukunft geschlagen werden – Hintergründe kennen, den Anfängen wehren, langfristige Entwicklungen erkennen und versuchen, sie zu unterbinden. Eine zeitgemäße Form der Aufklärungs- und Gedenkkul-

es heute in Entwicklungen, die bedenklich sind, sie sollten angesprochen werden und auch zeigen, dass es nicht nur in unserem Nachbarland demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen gibt, sondern auch bei uns – vor der eigenen Haustür.

Nach der Begrüßung durch die Landesvorsitzende des Bundes Susanna Steiger-Moser stellte Lisa Sinowatz die DiskutantInnen vor und sorgte durch ihre kompetente Gesprächsführung dafür, dass das zahlreich anwesende Publikum einen Eindruck von Entwicklungen in Ungarn aber auch in Österreich und in ganz Europa bekam.

Brigitte Bailer betonte einmal mehr, dass die Stabilität von politischen Systemen und die der wirtschaftlichen Ordnung eng miteinander verflochten sind. Erst ein Mindestmaß ökonomischer Gerechtigkeit ermöglicht ein demokratisches Miteinander in einer Gesellschaft. So ging dem Zusammenbruch der Demokratien am Anfang des 20. Jahrhunderts nicht zufällig die gravierende Weltwirtschaftskrise von 1929 voraus. Ihr Appell richtete sich vor allem an Hannes Swoboda, den sozialistischen Fraktionsführer im Europäischen Parlament, und die zahlreichen anwesenden SPÖ-FunktionärInnen: Nicht zuletzt läge es maßgeblich in den Händen der Europäischen Sozialdemokratie(n), die notwendigen Fragen zu stellen und poli-

chiv des österreichischen Widerstandes begrüßen, ebenso wie den EU-Fraktionsvorsitzenden Hannes Swoboda und den Dirigenten Adam Fischer. Aus gesundheitlichen Gründen musste der ungarische Journalist András Heltai-Hopp kurzfristig absagen.

Die Positionierung der Veranstaltung um den Tag des Gedenkens an die Reichspogrom-

tur zählt zu unseren Aufgaben und was gerade in diesen Zeiten notwendig ist – wir wollen mit unseren Veranstaltungen nicht nur tagespolitisch aktuell sein sondern wir wollen dazu beitragen, dass gesellschaftspolitisch gehandelt und vorgedacht wird.

Die Diskussion in Neufeld war ein Teil der Verwirklichung unserer Aufgaben. In Europa gibt



# re Wende in Europa?

tische Lösungen voranzutreiben. Auf die Frage, ob und was die EU gegen diese Entwicklungen unternehmen kann, verwies Hannes Swoboda zunächst auf einige konkrete Beispiele der jüngeren Vergangenheit, wie etwa das EUGH-Urteil über die Unzulässigkeit einer vorzeitigen Pensionierung von ungarischen RichterInnen (zwecks politisch motiviertem Austausch von RichterInnen) oder die zwingende Anpassung der Medien-gesetzgebung an das europä-ische Recht. Gleichzeitig betonte er mehrmals, dass die europä-ischen Eingriffsmöglichkeiten beschränkt seien, da eine zu starke Ausweitung dieser Möglich-keiten natürlich auch Gefahren eines Missbrauchs berge. Gerade im Fall Ungarns werde aber durch die Fülle von Gesetzesentwürfen und Neubesetzungen in der Verwaltung und im Kulturbereich eine ständige, rückwärts-gewandte Revolution in Gang gesetzt, die schwer zu verfolgen



ist, aber umso tiefer greifendere Wirkung zeigt. Dies unterstrich auch Adam Fischer in seinen Redebeiträgen. So spiele nicht zuletzt die mangelnde demokratische Tradition Ungarns eine wichtige Rolle in der aktuellen Entwicklung. Die ungarische Gesellschaft war lange geprägt vom Landadel, von einer paternalistischen Gesellschaft, und es gäbe nach wie vor feudalistische Reflexe. Auch der Sozialismus unter Kádár habe dieser Mentalität entsprochen. Noch immer gehe es vielen Leuten laut

Fischer nicht in die Köpfe, dass eine/n nicht die Polizei, sondern nur ein Gericht ins Gefängnis bringen kann. Der Staat könne sich in Ungarn auf diese Weise Sachen leisten, die in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks nie möglich wären. Vielleicht sei genau das der Grund, weshalb keine Regierung bis heute Re-formen wie in anderen Ländern des ehemaligen Ostens durchsetzen konnte.

Bei der Frage nach möglichen Strategien gegen autoritäre Entwicklungen aller Art herrschte am Podium ein breiter Konsens: Nur die Etablierung eines neuen, solidarischen Wirtschaftssystems kann die Demokratie stärken und das Zusammenleben für alle verbessern. Der erste Schritt müsse – gerade für die Sozialdemokratie – darin bestehen, eine überzeugte politische Herangehensweise an den Tag zu legen und den Mut zu fassen, lang gepredigte (neoliberele) Dogmen zu überwinden.



# Wege zu einer gerechten des Wohlstandes

Die EU befindet sich in einer schweren sozialen Krise, die am deutlichsten in der Massenarbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Seit Beginn der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2007 hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 10 Millionen erhöht. Die bedingungslosen Sparmaßnahmen in den Krisenländern tragen wesentlich zum weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bei. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat sich sogar auf knapp 6 Millionen verdoppelt, in Griechenland und Spanien liegt die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bei fast 60 Prozent der Erwerbspersonen. Massenarbeitslosigkeit und massive Budgeteinsparungen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Menschen besonders auf den Sozialstaat angewiesen sind, verschärfen die Ungleichheit.

Dies ist auch deshalb gefährlich, weil die Zunahme der Ungleichheit wesentlich zum Entstehen der Finanzkrise beigetragen hat. Denn sie hat die wirtschaftliche Lage jener schmalen Bevölkerungsschicht eklatant verbessert, die zu besonders risikoreichen

Finanzanlagen neigt. So entstand das Spielkapital für das weltweite Finanzcasino. Eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes ist also sowohl aus sozialen, wie auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen wünschenswert. Welche Wege führen zu gerechterer Verteilung?

Der Sozialstaat hat sich in der Krise bewährt: Er hat seine Überlegenheit gegenüber privaten Vorsorgesystemen eindrucksvoll bewiesen. Dennoch muss er wegen der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt, der demografischen Verschiebung, der Ungleichheit der Erwerbseinkommen und den geänderten Familienstrukturen modernisiert werden.

Vor allem gilt es, in den Ausbau sozialer Dienste zu investieren. Kindergärten, Krippen und Ganztagschulen, Heimhilfen und Pflegeplätze stellen eine soziale Grundversorgung besonders für die Armen und der Mittelschicht dar, die sich derartige Dienstleistungen hoher Qualität privat finanziert nicht leisten könnten. In Skandinavien wird für soziale Sachleistungen zugunsten von Kindern und Pflegebedürftigen 4 bis 6 Mal so viel ausgegeben als bei uns. Beim Ausbau der sozialen Dienste gilt es allerdings, auf einen Grundsatz nicht zu vergessen: Wer einen guten Sozialstaat will, muss bereit sein, diesen über relativ hohe Abgaben zu finanzieren.

Vor allem muss der Sozialstaat als europäisches Projekt entwickelt werden. Gerade aus Österreich mit seinem hoch entwickelten Sozialstaat müssen mehr Initiativen für soziale Mindeststandards und aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf EU-Ebene entwickelt werden. Heute scheitern derartige Maßnahmen am politischen Willen wie auch am Geld. Einen zweiten Ansatzpunkt bietet deshalb die in der EU koordi-

Markus Marterbauer  
**ZAHLEN  
BITTE!**  
Die Kosten der Krise  
tragen wir alle

# chteren Verteilung

nierte Ausweitung der Besteuerung von Vermögen. Diese sind außerordentlich ungleich verteilt, ihre Besteuerung ist die einzige Möglichkeit, die Reichen an der Finanzierung des Sozialstaates zu beteiligen. Das Vermögen der privaten Haushalte beträgt in Österreich mehr als 1000 Milliarden Euro, mehr als vier Mal so viel wie die Staatsschulden. Das Segment des sehr reichen, obersten Zwanzigstels der Haushalte hat ein Vermögen von jeweils mehr als 1 Million Euro an Geld- und Immobilienvermögen und verfügt über 45 Prozent der gesamten Vermögen.

Die Forderungen, die sich daraus ableiten, liegen auf der Hand: Eine allgemeine Steuer auf sehr hohe Vermögensbestände, die der Konzentration des Reichtums entgegenwirkt; eine höhere Grundsteuer, deren Aufkommen für den Ausbau sozialer Dienstleistungen der Gemeinden und Städte verwendet wird; eine Erbschaftssteuer, die der Finanzierung des Pflegesystems dient. Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste Finanzkrise hat gezeigt wie instabil eine deregulierte und von Finanzmärkten dominierte Marktwirtschaft ist. Doch selbst nach der Finanzkrise ist der Wohlstand in unserer Gesellschaft so hoch, dass sozialer Fortschritt für alle Menschen möglich ist: Eine merkliche Besteuerung von Vermögensbeständen und Verbesserungen im Sozialstaat bilden die richtigen

Antworten auf die Krise und die wichtigsten Elemente eines emanzipatorischen politischen Projekts.

Markus Marterbauer leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien. In sei-

nem Buch „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ setzt er sich mit den Ursachen und Folgen der Finanzkrise und den Wegen aus der Krise auseinander

(ISBN 978-3-552-06173-6, Deuticke Verlag).

Bei einer von BSA, FSG und SJ veranstalteten Podiumsdiskussion präsentierte Markus Marterbauer sein Buch „Zahlen bitte“ und diskutierte mit Doris Bock (Industriellenvereinigung), Leonie Tanczer (SJ) und Thomas Lehner (AK) über die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt als Folge der

Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und mögliche Maßnahmen dagegen. Der Wirtschaftswissenschaftler betonte einmal mehr, dass höhere Steuern auf Vermögen und der Ausbau sozialer Dienstleistungen die beiden Eckpfeiler einer emanzipatorischen Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellen.



*Claudia Kreiner-Ebinger (BSA), Christian Uchann (Moderator), Doris Bock (IV), Markus Marterbauer (AK), Thomas Lehner (AK), Leonie Tanczer (SJ), Michael Gerbavits (BSA)*

# Vermögenssteuern für die Mittelschicht?

von **Thomas Lehner**



Ein großer Teil der Österreicherinnen und Österreicher zählt sich selbst zum Mittelstand oder zur Mittelschicht. Und auch wenn von sogenannten Leistungsträgern gesprochen wird fühlen sich viele betroffen. Mit diesen Schlagworten wird immer wieder gegen die Einführung von Vermögenssteuern argumentiert. Die im Herbst 2012 veröffentlichte Studie der Österreichischen Nationalbank entlarvt das als rein neoliberale Propaganda.

Tatsächlich gibt es bei der Vermögensverteilung eine sehr hohe Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger. Nur zehn Prozent der österreichischen Haushalte verfügen über ein Netto-Gesamtvermögen von mehr als 542.200 Euro. Alleine die Hälfte davon, nämlich die reichsten fünf Prozent haben einen Anteil am gesamten Bruttovermögen von 45%.

Die hohe Konzentration von Vermögen bedeutet aber auch,

dass trotz großzügiger Ausnahmen – Freibeträge – bedeutende Summen an Steueraufkommen erreicht werden könnten. Immerhin beträgt das gesamte Bruttovermögen der österreichischen Haushalte 1.062,5 Milliarden Euro. Die knapp 190.000 reichsten Haushalte (5%) besitzen somit zusammen fast 500 Milliarden Euro – eben 45% des gesamten privaten Vermögens.

Von einer Vermögenssteuer, die bei einer Million Euro aufwärts ansetzt, wären nur diese reichsten 5% betroffen. Die Mittelschicht trifft es also jedenfalls nicht.

Vermögen zu besitzen ist keine Leistung. Es zu erarbeiten schon. Dennoch wird Vermögen wesentlich geringer besteuert als Arbeit. Darüber hinaus bestätigen mehrere Forschungsergebnisse (Eurostat, IWF, u.a.), dass eine geringere steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen und eine höhere Be-

steuerung von Vermögen die wirtschaftliche Entwicklung beleben würden.

Im Ergebnis kann also folgendes festgehalten werden:

Vermögenssteuern ab einer Million Euro als Freibetrag treffen nur die reichsten fünf Prozent der österreichischen Haushalte.

Vermögenssteuern könnten aufgrund der hohen Vermögenskonzentration zu einem erheblichen Steueraufkommen führen.

Vermögenssteuern würden weder Mittelschicht noch LeistungsträgerInnen treffen. Im Gegenteil: eine Wirtschaftsbelebung in Zeiten der Krise würde gerade der Mittelschicht zu Gute kommen.

Vermögenssteuern könnten den Sozialstaat absichern. Von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege kommen sozialstaatliche Leistungen auch der Mittelschicht zu Gute.